

# Protokoll



Gremien	<b>Ausschuss für Umwelt, Planung und Bauen Stadt Vechta</b>
Sitzung am	Dienstag, 27.04.2021
Sitzungsraum	per Videokonferenz
Sitzungsbeginn	18:00 Uhr
Sitzungsende	20:30 Uhr

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den nachfolgenden Beschlüssen.

Genehmigt und wie folgt unterschrieben

Ausschussvorsitzender : gez. Frilling  
Bürgermeister : gez. Kater  
Protokollführerin : gez. Averdam

## Teilnehmerverzeichnis

Name, Vorname	Funktion Bemerkung
---------------	-----------------------

Stimmberechtigt:

Frilling, Thomas	Vorsitzender
Droste, Niklas	
Dr. Kiene-Schockemöhle, Christa	
Nyhuis, Günter J.	
Göhner, Simone	
Asbrede, Maik	Bis TOP 5
Hölzen, Frank	
Schaffhausen, Sam	
Vatterodt, Ulrich	
Bocklage, Otto	
Sieveke, Stephan	
Teuber, Karl-Heinz	
Leßel, Rüdiger	

Von der Verwaltung:

Kater, Kristian	Bürgermeister
Scharf, Christel	FBL III
Middelbeck, Guido	FBL II
Werring, Jürgen	FDL 66
Schöne, Stephan	FD 66
Bothe, Karl-Heinz	FDL 20
Averdam, Renate	Protokollführerin

sonstige Anwesende:

Herr Greve	Seniorenbüro, ab TOP 4
------------	------------------------

## Tagesordnung

### Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit, Feststellung der Tagesordnung und der dazu vorliegenden Anträge
2. Mitteilungen des Bürgermeisters
3. Vorstellung des vorläufigen Straßenbauprogramms 2022
4. Antrag der Ratsgruppe SPD/Wir für Vechta vom 27.05.2019; Aufhebung der Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 6 NKAG für straßenbauliche Maßnahmen in der Stadt Vechta
5. Einwohnerfragestunde

Vor dem Beginn der Sitzung bat der Ausschussvorsitzende Frilling, dass in der heutigen Sitzung objektiv beraten werden solle und es nicht zu einer Wahlkampfveranstaltung genutzt werden solle.

### TOP 1

#### Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit, Feststellung der Tagesordnung und der dazu vorliegenden Anträge

Um 18:00 Uhr eröffnete der Vorsitzende Thomas Frilling die Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Planung und Bauen, er begrüßte an den Bildschirmen die Mitglieder, die Vertreter der Verwaltung, die Presse und die Zuschauer im Ratssaal. Die gesamte Sitzung wurde als Videokonferenz durchgeführt.

Alsdann stellte der Ausschussvorsitzende Frilling die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

### TOP 2

#### Mitteilungen des Bürgermeisters

BGM Kater begrüßte zunächst alle Personen an den Bildschirmen und die Zuschauer im Ratssaal. Alsdann teilte er mit, dass in der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Planung und Bauen vom 21.04.2021 unter TOP 9 und 10 über die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 170 – „südlich Welper Straße“ und einer entsprechenden Veränderungssperre abgestimmt worden sei.

Es wurde in der Sitzung darauf hingewiesen, dass es sinnvoll sei, den Geltungsbereich in 2 Abschnitte einzuteilen (A + B) und somit Parallelverfahren einzuleiten. Um dieses nun rechtlich eindeutiger zu trennen, werden daraus zwei Bebauungsplanverfahren mit einer jeweiligen Veränderungssperre aufgestellt. Die entsprechenden Vorlagen für den Verwaltungsausschuss werden angepasst mit zwei Aufstellungsbeschlüssen für Bebauungsplan Nr. 170 A – „südlich Welper Straße“ und Bebauungsplan Nr. 170 B „westlich Tannenhof/Tannenweg“. Folglich seien auch zwei Veränderungssperren erforderlich.

### In Angelegenheiten des Rates

### TOP 3

## Vorstellung des vorläufigen Straßenbauprogramms 2022

BGM Kater verwies auf die Vorstellung des vorläufigen Straßenbauprogramms für die Jahre 2022/23. Es sei auch im letzten Jahr im Rat beschlossen worden und es hätte sich als erfolgreiches Verfahren gezeigt.

FDL Werring begrüßte alle Teilnehmer an den Bildschirmen und stellte dann die einzelnen vorgesehenen Baumaßnahmen incl. Lageplan und vorläufig grob geschätzten Baukosten im Detail vor.

<b>Bauprogramm Straßen-/ Kanalbau</b>				
<b>Nr.</b>	<b>Baustellen 2022/ 2023</b>	<b>Gesamtkosten</b>	<b>2022 -HH-Ansatz</b>	<b>2023 -HH-Ansatz</b>
1	HWS -Baumaßnahme: Ausbau Moorbach v. Wassermühle bis Willohstraße	ca. 2,8 Mill. € (Förderung ca. 970.000 €)	ca. 1,5 Mill. €	ca. 1,3 Mill. €
2	Gewerbegebiet Stukenborg - Kreuzungsumbau => Falkenrotter Str. /Stukenborger Straße (Gärtnerei Tebbe)	ca. 2,27 Mill. €	ca. 2,27 Mill. €	
3	Endausbau Baugebiet Telbrake 2. BA -Haupterschließungsstraßen-	ca. 2,1 Mill. €	ca. 1,2 Mill. €	ca. 0,9 Mill. €
3a	Telbraker Str. - Erweiterung der Straßenbeleuchtung v. Graf-v.-Stauffenberg-Straße bis Maximilian-Kolbe-Straße	ca. 50.000 €	ca. 50.000 €	
4	Langförden Dorferneuerung Teil 2 -v.-Rembrandtstr. Bis B69-	ca. 1,5 Mill. € (Förderung ca. 500.000 € in 2023?)		ca. 1,5 Mill. €
5	Erschließung Kornblumenweg -Ersterschließung (Investition LK Vechta) (Ersterschließung ca. 0,83 Mill. € ; Endausbau 2023/2024 ca. 0,47 Mill. €)	ca. 1,3 Mill. € (Auszahlung = Einnahme)	ca. 0,83 Mill. € (Auszahlung = Einnahme)	
6	Endausbau Baugebiet Aphasiezentrum + Gehweg Bomhofer Weg	ca. 750.000 €	ca. 300.000 €	ca. 450.000 €
7	Kreuzungsumbau Zitadelle/Bahnhofstr./Franz-Vorwerk-Str. (LSA+BÜSTRA) (Radwegkonzept westliche Innenstadt)	ca. 350.000 € (Vereinbarung DB steht noch aus)	ca. 350.000 €	
8	Neubau Straße "Stukenborg" (Abschnitt Stukenborger Weg - Fasken Kamp)	ca. 750.000 €	ca. 350.000 €	ca. 400.000 €
9	"An der Ohe" Umbau Kreuzung zur Oldenburger Str. Inkl. LSA	ca. 450.000 €	ca. 450.000 €	
10	Neubau von 7 Bushaltestellen im Stadtgebiet	ca. 260.000 € (Förderung ca. 227.500 €)	ca. 260.000 €	
11	Brückenneubauprogramm -Neubau Holzbrücke-	ca. 100.000 €	ca. 100.000 €	ca. 100.000 €
12	Beleuchtung: LED - Umrüstung /Fördermittel -Mehrjahresprogramm-	ca. 130.000 € (Förderung ca. 20 %)	ca. 130.000 € (Förderung ca. 20 %)	ca. 130.000 €
		<b>Investitionen 2022+2023</b>	<b>2022 -HH-Ansatz</b>	<b>2023 -HH-Ansatz</b>
		<b>ca. 11,51 Mill. €</b>	<b>ca. 6,96 Mill. €</b>	<b>ca. 4,78 Mill. €</b>
				plus ca. 2,3 Mill. € Investitionen => ca. 7,0 Mill € / Jahr

Seitens des Ausschusses wurde über einzelne Maßnahmen kurz diskutiert. Es wurde über Ausweitung der Beleuchtung an der Telbraker Straße und über die Kreuzung auf Höhe der Gärtnerei Tebbe. Hier entstehe eine Ampelanlage und kein Kreisverkehr. Über diese Kreuzung soll in der nächsten Ausschusssitzung erneut eine Vorstellung erfolgen.

Seitens des Ausschusses wurde nach einzelnen Sanierungen gefragt. Laut FBL Scharf werden Deckensanierungen neben dem Bauprogramm erfolgen.

Weiterhin wurde kurz über den Haltestellenausbau diskutiert. Es werde eine Haltestelle beim Pater-Titus Haus errichtet, aber aufgrund der geringen Zahlen zunächst keine am Hedwigstift.

Der Ausschuss UPB schlägt dem VA folgende Beschlussfassung vor:

„Das vorgetragene Straßenbauprogramm 2022 ist umzusetzen und in die Haushaltsplanungen für 2022 einzustellen.“

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig

## TOP 4

### **Antrag der Ratsgruppe SPD/Wir für Vechta vom 27.05.2019; Aufhebung der Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 6 NKAG für straßenbauliche Maßnahmen in der Stadt Vechta**

BGM Kater stellte nun als zentralen Punkt der Sitzung den Tagesordnungspunkt vor und bat um eine sachliche Diskussion. Der Grundantrag auf Abschaffung der Straßenausbaubeiträge sei bereits im Jahr 2019 gestellt worden.

Alsdann stellte Herr Schaffhausen nochmals den Antrag vor. Im Jahr 2019 sei recht emotional debattiert worden. Nun sei dies wiederholt in den einzelnen Fraktionen besprochen worden und jeder hatte Gelegenheit, sich genauer mit dem Thema auseinander zu setzen. Seitens der SPD/WirFürVechta bestehe die Absicht, die Straßenausbaubeiträge nun abzuschaffen. Herr Schaffhausen verwies darauf, dass auch bereits andere Kommunen die Beiträge abgeschafft hätten.

Herr Schaffhausen wünsche sich eine Abschaffung ohne Steuererhöhung. Das nicht eingenommene Geld sei nicht verloren, sondern würde bei den Bürgern bleiben und er sei der Meinung, dass die durchschnittlichen Einnahmen von 700 000, -- € pro Jahr durchaus von der Stadt zu tragen sei. Er bat aber darum, dass nachdem in den Gremien beraten wurde, nun auch eine Entscheidung getroffen werde.

FDL Werring erläuterte nochmals, wie in der Sitzung im November 2020, die Bedingungen und rechtliche Einschätzung der Satzung der Straßenausbaubeiträge. Er verwies darauf, dass die Straßenausbaubeiträge nach aktueller Satzung bei der Erneuerung bzw. Neubau von Straßen anfielen, die abgängig und teilweise älter als 50 Jahre alt seien. Bei der Ersterschließung einer Straße müsse die Stadt nach BauGB gesetzl. verpflichtende Ersterschließungsbeiträge erheben.

Dass unter TOP 3 vorgestellte Straßenbauprogramm für die nächsten Jahre zeige, dass in vielen Straßen ein Neubau anstehe. Dabei werde nach Zustand der Straße, nach Alter, nach Kanalzustand und Umsetzung des Zentralen Entwässerungsplanes (ZEP) eine Priorität festgelegt. Im Schnitt seien 2 Straßen pro Jahr geplant, die ausgebaut werden müssten und für die Anliegerbeiträge erhoben werden würden. Bis zum Jahr 2035 seien bereits 28 Straßen eingeplant. Im Durchschnitt würde die Stadt 0,7 Millionen pro Jahr einnehmen.

Es gäbe nun verschiedene Lösungsmöglichkeiten wie zukünftig mit den Straßenausbaubeiträgen vorgegangen werden kann.

## 7. Zusammenfassung Möglichkeiten

<b>Straßenausbau-beitragsatzung bleibt bestehen</b>	-Einnahmen bleiben wie bisher
<b>Wiederkehrende Beiträge</b>	-scheiden wegen der komplizierten Anwendungsregeln aus
<b>Reduzierung der Prozentsätze.</b>	-Pauschale Reduzierung birgt unsichere Rechtslage -Rechtswidrigkeit der neuen Prozentsätze?
<b>Erhöhung der Grundsteuer.</b>	-Bewirkt heute schon höhere Belastung als durch Beiträge -Erhöhung des Mietniveaus -Erhöhung der Zahlungen zum Finanzausgleich -Neuregelung der Grundsteuer bis 01.01.2025 bewirkt schon durch die Anwendung aktueller Werte eine Erhöhung
<b>Abschaffung Straßenausbau-beitragsatzung</b>	-Bildung von Rücklagen/ Einsparungen notwendig -Kreditaufnahme für Straßenneubau nicht zulässig -Durch Pandemie voraussichtlich geringere Einnahmen -Durch Einsatz allgemeiner Mittel stehen diese nicht mehr für andere Zwecke zur Verfügung
<b>Sonstiges</b>	-Vorhandene Möglichkeiten bei der Einstufung von Straßen sowie der Verrentung, Stundung und Verzinsung nutzen

Seitens der Ausschussmitglieder erfolgte eine umfangreiche Diskussion. Dabei ergab sich, dass die VCD für die Abschaffung der Beiträge sei, aber seitens der Verwaltung Vorschläge für die Gegenfinanzierung erwarte. Die Gruppe SPD/Wir für Vechta erklärte, dass sie bereits seit vielen Jahren für die Abschaffung der Beiträge sei. Es würde Personal in der Verwaltung eingespart werden, aber sie sehe auch die Problematik, dass z.B. die Anlieger der Kolpingstraße zahlen müssten, während die Anlieger der Oyther Straße mit der Abschaffung der Beiträge dann nicht mehr. Grundsätzlich werden Beiträge laut der geltenden Straßenausbaubeitragsatzung nach Vorlage der letzten Unternehmerrechnung erhoben.

Die AfD Fraktion sei ebenfalls für die Abschaffung der Beiträge und zwar nicht nur in Vechta, sondern in allen Kommunen.

Die CDU Fraktion sprach sich dagegen aus. Sie sei zwar für eine Entlastung der Bürger, aber sie sei auch für ein funktionierendes Gesamtsystem. Einerseits müsse die Abschaffung rechtssicher sein und andererseits müssten die Gelder für die Sanierung aufgebracht werden. In irgendeiner Form würden die Bürger der Stadt Vechta diese (z.B. Grundsteuererhöhung) trotzdem zahlen. Sofern die Gegenfinanzierung dann ergebe, dass z.B. eine Kita oder eine Schule nicht mehr gebaut werden könne, erfordere die Abschaffung der Beiträge andere sehr schwere Entscheidungen.

Weiterhin wurde diskutiert darüber, ob es rechtssicher sei, einerseits die Beiträge abzuschaffen und auf der anderen Seite Kredite aufzunehmen. Nach Ansicht des Ausschussvorsitzenden sei vorab rechtlich zu klären, ob analog des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes erlaubt sei, Abgaben abzuschaffen aber neue Kredite evtl. aufzunehmen. Es sei vorab zu klären, ob die Kommunalaufsicht grundsätzlich nach einer Abschaffung der Beiträge eine Genehmigung von Krediten im Haushalt zustimme. Dieses sei im Vorfeld zu klären, damit nicht in Kürze die Beiträge wieder erhoben werden müssten.

Laut des FDL Bothe (Kämmerer der Stadt Vechta) gäbe es zurzeit anhängige Verfahren beim OVG Lüneburg und dem Verwaltungsgericht Hannover bezüglich einer rechtlichen Einschätzung, ob seitens der Kommunalaufsicht ein Haushalt einer Kommune in der Haushaltssicherung genehmigt werden könne, die Beiträge abschaffe aber neue Kredite aufnehmen müsse. Eine Entscheidung dazu stehe noch aus.

Die CDU Fraktion wies weiterhin darauf hin, dass eine Abschaffung bedeuten könne, dass es kein Mitspracherecht der Anwohner einer Straße gäbe zum Ausbau. Weiterhin sei schwer nachvollziehbar, dass die Anwohner am Tannenweg gerade viel gezahlt hätten und alle sonstigen jetzigen Anwohner an den zur Zeit im Bau befindlichen Straßen wie der Kolpingstraße, Langförden, Oyther Straße nicht mehr.

Es erfolgte eine Diskussion über die aktuellen Ausbauten. Bei der Planung seien die Anliegerbeiträge mitberücksichtigt worden; fraglich sei, wie die fehlenden 2 Millionen gegenfinanziert werden. Es wurde für eine Beteiligung der Bürger plädiert.

Auf Rückfrage erläuterte FBL Scharf, dass die Genossenschaftswege (Außenbereichssatzung) oder sonstige Außenbereiche von der Abschaffung der Satzung nicht betroffen seien.

Die Fraktion der Grünen stimme der Abschaffung der Satzung zu. Die VCD Fraktion beantragte nun, dass nicht noch länger diskutiert werden solle, sondern nun abgestimmt werden solle.

Herr Bocklage stellte einen Antrag zur Geschäftsordnung auf Schluss der Debatte und Abstimmung.

Der Vorsitzende lies eine Gegenrede zu, mit der die CDU Fraktion u.a. einen Antrag auf Bürgerbefragung im Zusammenhang mit der Kommunalwahl stellte.

Da der Antrag zur Geschäftsordnung aber vorrangig sei, lies der Vorsitzende über den Antrag auf Ende der Debatte abstimmen.

Abstimmung:   8 Ja  
                  5 Nein  
                  0 Enthaltung

Damit wird dem Antrag stattgegeben.

Danach ließ der Vorsitzende über die Beschlussempfehlung abstimmen:

Der Ausschuss für Umwelt, Planung und Bauen schlägt dem Verwaltungsausschuss/Rat folgende Beschlussfassung vor:

„Die anliegende Satzung zur Aufhebung der Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 6 NKAG für straßenbauliche Maßnahmen in der Stadt Vechta wird beschlossen.“

<b><u>Abstimmungsergebnis:</u></b>	Ja-Stimmen	: 8
	Enthaltungen	: 5

## TOP 5

### **Einwohnerfragestunde**

Es wurden keine Fragen gestellt.

Der Vorsitzende bedankte sich bei den Zuhörern im Saal für die Teilnahme an der Sitzung und beantragte eine kurze Pause.